

BDP will Parteienproporz abschaffen

Daniel Vonlanthen

Per Volksinitiative «Köpfe statt Blöcke» will die BDP der Stadt Bern das Majorzwahlssystem für die Stadtregierung einführen. Erklärtes Ziel ist die Wende: Es sei an der Zeit, den RGM-Block zu knacken.

Wie in den meisten grösseren Städten im Kanton wird auch in der Stadt Bern die Exekutive im Proporzwahlverfahren bestimmt. 2008 festigten die Rot-Grün-Mitte-Parteien (RGM) mit 56 Prozent ihre Mehrheit im Gemeinderat – zum vierten Mal in Folge. Diese Blockpolitik will die BDP durchbrechen: Gestern kündigte die Partei die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung der Majorzwahl an.

«Nach Jahren der Beherrschung der Stadtberner Politik durch den RGM-Block, der die Entwicklung der Bundesstadt gehemmt hat, ist es dringend Zeit, von diesem Blockdenken wegzukommen», schreibt die BDP. Beim Majorzsystem – dem Mehrheitswahlrecht – sei die Persönlichkeit wichtiger als die Parteizugehörigkeit, argumentiert die BDP. Zur Wahl stellten sich starke Persönlichkeiten, die über die eigene Partei hinaus hohe Akzeptanz aufwiesen. Die BDP verspricht sich eine «politisch homogener» zusammengesetzte Regierung: «Einzelauffassungen und Oppositionspolitik erschweren die Regierungstätigkeit und sind der Durchsetzungskraft des Gremiums und dem Kollegialitätsprinzip abträglich.»

Ausserhalb des Kantons Bern ist das Majorzsystem in vielen grossen Gemeinden verbreitet: Die Städte Zürich, St. Gallen, Winterthur und Basel zum Beispiel wenden es an. Auch Berns Kantonsregierung wird im Majorzsystem gewählt; im letzten Jahr hat sie sich für dessen Beibehaltung ausgesprochen. Die Stimmenden in Köniz indes haben sich gegen die Abkehr vom Proporz entschieden (siehe Kasten).

Der Fall Ursula Begert

2004 schaffte die damalige Berner Gemeinderätin Ursula Begert, die sich von der SVP abgewandt hatte, die Wiederwahl nicht, obwohl sie das bessere Resultat erzielte als die Kandidaten der FDP-SVP-CVP-Liste. Im Majorzsystem wäre sie gewählt worden. Der Ruf nach Majorz ist nicht neu: Im Mai 2008 forderte der damalige CVP-Stadtrat und heutige Gemeinderat Reto Nause per Postulat die Änderung des Wahlrechts. Proporzahlen seien nur dann sinnvoll, wenn es viele Sitze zu verteilen gebe, so etwa im 80-köpfigen Stadtrat. Der Vorstoss wurde mit 50 zu 13 Stimmen klar abgelehnt.

«Blender und Populisten»

Die RGM-Mehrheit im Gemeinderat zu knacken, sei das Ziel der Initiative, sagt BDP-Stadträtin Claudia Meier, Präsidentin des Initiativkomitees. «Aber wir sind nicht blauäugig.» Die Wende bereits bei den nächsten Wahlen herbeizuführen, sei enorm schwierig. Die BDP habe das Begehren ohne Unterstützung anderer Parteien «zum Wohl der Stadt Bern» lanciert, sagt Meier. Der Fall Ursula Begert sei nicht die Initialzündung dafür gewesen. Begert ist Mitglied der BDP und laut Meier lediglich «im Hintergrund» für die Partei tätig. Sohn Thomas Begert ist Mitglied des Initiativkomitees. Dass bei Majorzwahlen vor allem «Blender und Populisten» bessere Wahlchancen haben, verneint Meier: «Das Volk ist mündig und erkennt geeignete Kandidaten.» Gewählt würden Personen, die über die eigene Partei hinaus akzeptiert seien und ungebundener politisierten. «Dies fördert die Konsensfähigkeit», folgert Meier.

Sie wirft der RGM-Regierung vor, sie verhalte sich oft wirtschaftsfeindlich. So habe sie den Wegzug namhafter Firmen wie der Credit Suisse «lapidar zur Kenntnis genommen».

Majorz oder Proporz

Vor- und Nachteile der Wahlsysteme

In der Debatte vom 22. Mai 2008 im Berner Stadtrat zum Postulat Nause (siehe Haupttext) sprach SVP-Mann Simon Glauser von Glaubensfragen: Majorz oder Proporz sei wie der Vergleich zwischen den Betriebssystemen Microsoft und Apple. Der Vergleich mag für die SVP stimmen – für einige Parteien aber könnte der Wechsel Folgen haben. In einer oft zitierten Studie hat der Parteienforscher und Dozent Andreas Ladner die Auswirkungen des Wahlverfahrens dargelegt. In zahlreichen Ländern Europas und der Schweiz wurde das Proporzwahlverfahren in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt; es führte zu einer massiven Veränderung der Kräfteverhältnisse: Während die FDP (die damaligen Radikalen) nahezu die Hälfte ihrer Sitze im Nationalrat verlor, machten SP und SVP (Bauernpartei) grosse Gewinne. Bei Parlamentswahlen hat sich das Proporzsystem seither durchgesetzt. Es geht davon aus, dass nicht einzelne Abgeordnete entscheidend sind, sondern Parteien und Programme. Die Sitze werden proportional zur Anzahl der für eine Partei oder Liste abgegebenen Stimmen verteilt. Das System ist laut Politologen weniger anfällig für Manipulationen. Wählerinnen und Wähler können sich differenziert sowohl für ein Programm als auch für herausragende Exponenten entscheiden. Das Majorzwahlverfahren begünstigt die Wahl starker Persönlichkeiten. Ob Minderheiten dadurch bessere Chancen haben, ist nicht erwiesen. Laut Ladner führen Majorzverfahren zu keiner höheren Beteiligung. 60 Prozent der Exekutiven im Kanton werden nach Majorzwahlverfahren bestellt.

Die rot-grüne Berner Kantonsregierung sprach sich im August 2008 für Beibehaltung der bewährten Majorzwahl aus, insbesondere auch wegen des garantierten Jura-Sitzes. In einigen Kantonen etablierte sich ein freiwilliger Proporz zum Schutz von Minderheiten, obwohl das Majorzwahlrecht gilt. Mit Einführung des Gemeinderatsmodells «5 x 80» verzichtete die Gemeinde Köniz im November 2008 auf den Wechsel vom heutigen Proporz- zum Majorzwahlsystem. (dv)